



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 51 Motion Fischer Roland und Mit. über die Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung als Postulat.

Yvonne Zemp Baumgartner beantragt Erheblicherklärung als Postulat.

Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Roland Fischer hält an seiner Motion fest.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion steht zur produzierenden Schweizer Landwirtschaft und beantragt deshalb die Ablehnung der Motion. Einmal mehr wird von linker Seite auf die Landwirtschaft geschossen mit dem Ziel, die Tierbestände im Kanton Luzern abzubauen, dieses Mal unter dem Deckmantel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen. Es stimmt, dass die Landwirtschaft für 12 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Zudem sind der Verkehr für 32 Prozent, die Industrie für 20 Prozent, die Haushalte für 18,5 Prozent, die Dienstleistungen für 9 Prozent und der Abfall für 7,6 Prozent verantwortlich. Weitere Emissionen, wie beispielsweise der Ammoniakausstoss, der durch die tiergerechte Laufstallhaltung mit Auslauf gefördert wird, werden vom Bund gar finanziell unterstützt. Das Postulat enthält einen Widerspruch: einerseits müsste mehr importiert werden, andererseits werden die Förderung und der Konsum von lokal nachhaltig produzierten Produkten gefordert. Zudem würde ich vom Postulanten gerne wissen, ob eine Kuh im Ausland weniger Methan ausstösst als eine Kuh in der Schweiz. Die Landwirtschaft benötigt keine weiteren Kontrolleure für neue staatliche Anreize, neue Vorschriften sowie neue Ausbildungs- und Beratungsangebote. Die SVP ist klar gegen den Ausbau der Verwaltung. Unser Fazit: Erstens ist der Bund für die Landwirtschaftspolitik und die Klimaziele zuständig. Zweitens sind die in der Motion aufgeführten Ziele nicht umsetzbar. Drittens macht es aus Sicht der SVP keinen Sinn, mehr Lebensmittel zu importieren, und viertens werden mit dem bestellten Energie- und Klimabericht bereits mehrere Forderungen erfüllt. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Roland Fischer: Die Landwirtschaft ist schweizweit für 12 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deshalb kann man die Landwirtschaft nicht ausser Acht lassen, wenn es darum geht, die Nettoemissionen an Treibhausgasen bis 2050 zu reduzieren. Das ist mittlerweile nicht nur das Ziel unseres Kantons, sondern auch des Bundesrates. Zur Frage von Willi Knecht in Bezug auf die Ausstossmenge einer ausländischen Kuh im Vergleich zu einer inländischen Kuh: Die internationale Gemeinschaft hat beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2050 auf netto null zu senken, und da gehören auch die ausländischen Kühe dazu. Meine Motion fordert nicht, dass wir mehr aus dem Ausland importieren, sondern dass wir unseren Konsum generell reduzieren. In der Landwirtschaft können wir das Ziel netto null nicht einfach damit erreichen, indem wir den Treibstoffverbrauch reduzieren, denn ohne eine gewisse Reduktion der Tierbestände wird

das nicht möglich sind. Wenn netto null CO₂-Emissionen das Ziel ist, müssen alle Emittenten den Ausstoss verringern: der Verkehr, die Gebäude und auch die Landwirtschaft. Im Kanton Luzern mit seinen grossen Tierbeständen wird das eine besondere Herausforderung sein. Im Kanton Luzern gibt es aber auch sehr viele Kompensationsmöglichkeiten. Ich denke dabei an die Beschaffenheit des Kantons; wir haben einen ländlichen Kanton mit einer sehr geringen Bevölkerungsdichte. Mehr als 50 Prozent der Kantonsfläche sind entweder Ackerland, Wiesen, Weiden oder Wälder. Da bietet sich durch eine schonende Bewirtschaftung des Ackerlands oder eine Regeneration der Moore eine grosse Chance, CO₂ aus der Atmosphäre zu reduzieren. Das kann beispielsweise durch eine Aufforstung erreicht werden. Wir haben ja schon heute die Situation, dass der Schweizer Wald stärker wächst, als er genutzt wird. Das speichert CO₂; mit zusätzlichen Aufforstungsmassnahmen kann man hier auch etwas erreichen oder dazu beitragen, dass die Landwirtschaft dieses Ziel erreicht. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir die Landwirtschaft auf diesem Weg unterstützen wollen. Der Vorstoss richtet sich nicht gegen die Landwirtschaft, sondern wir sind im Gegenteil der Überzeugung, die Landwirtschaft auf diesem Weg zu begleiten, insbesondere durch Forschung, Innovation und Beratung. Gerade jetzt, wo wir das Kantonale Landwirtschaftsgesetz revidieren, müssen wir diese Ziele festschreiben. Ich halte an meiner Motion fest.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die SP-Fraktion beantragt Erheblicherklärung als Postulat. Die zentralen Vorgaben zur Landwirtschaft werden auf nationaler Ebene definiert. Somit geschieht die grobe Steuerung durch die Vorgaben des Bundes, auch bei ökologischen Massnahmen. Laut der Agrarpolitik 2020–2022 sind ökologische Massnahmen vorgesehen. Das Thema Klimaschutz ist wichtig, darum braucht es auch auf Kantonsebene Massnahmen. Es braucht eine möglichst breite Palette an ergänzenden Massnahmen zur nationalen Agrarpolitik, zum Beispiel Lenkungen, um das Klimaziel zu erreichen. Insbesondere in unserem tierintensiven Kanton ist es wichtig, dass auf kantonaler Ebene etwa ein Bericht aufzeigen soll, wo überall Massnahmen getroffen werden können, um die Luzerner Landwirtschaft bei der Erreichung der Klimaziele zu unterstützen. So können beispielsweise kantonale Förderprogramme erarbeitet werden. Uns geht es um die Erhaltung einer guten, gesunden Landwirtschaft und um ein gesundes Umfeld für die Bevölkerung.

Ruedi Amrein: Die FDP unterstützt grundsätzlich das Ziel von netto null CO₂-Emissionen bis 2050. In der Landwirtschaft wird das aber nicht möglich sein, weil sonst aus heutiger Sicht die Selbstversorgungsziele massiv verfehlt werden. Der Motionär fordert, dass sich alle einschränken müssen, aber wie soll das möglich sein? Wir können den Konsumenten nicht befehlen, was sie essen sollen. Fleisch ist zudem ein wichtiger Bestandteil der Ernährung. Ich gehe davon aus, dass andernfalls eher Produkte importiert würden. Das würde sich schlecht auf die Bilanz auswirken. Die Landwirtschaft hat kein CO₂-Problem, sondern ein Methan- und Nitratproblem. Dieses Problems nimmt man sich aber bereits an, auch auf Bundesebene. Nimmt man eine Abwägung vor, wird in diesem Bereich die eigene Selbstversorgung wichtiger sein als eine Netto-null-CO₂-Bilanz. Nitrat und Ammoniak sollen bis 2030 um einen Drittel reduziert werden. Obwohl dieses Ziel eher umgesetzt werden kann, stellt es doch eine grosse Herausforderung dar. Die FDP lehnt netto null in der Landwirtschaft bis 2050 aus den erklärten Gründen ab. Die Landwirtschaft hat ihren Beitrag an die zukünftige Klimapolitik beizutragen. Da sie aber stark vom Bund geprägt wird, können nicht einfach im Kanton Luzern Massnahmen ergriffen werden. Weiter fordert die Motion einen Massnahmenplan. Wir legen Wert darauf, dass der Kanton nur dort etwas unternimmt, wo der Bund nicht zuständig ist. Zudem sind interkantonale Verzerrungen zu vermeiden. Die Summe der Massnahmen und die Vorschriften müssen in einem verhältnismässigen Umfang sein. In der Landwirtschaft bestehen bereits so viele Vorschriften, dass die Administrativmassnahmen reduziert werden sollten. Die FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zu.

Priska Wismer-Felder: Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zu. Heute Morgen hat Sara Muff von Food-Waste gesprochen. Dabei haben sämtliche Fraktionen betont, wie wichtig es ist, dass wir uns mit regionalen und saisonalen

Produkten ernähren. Die vorliegende Motion ist teilweise ein Frontalangriff auf die einheimische Produktion. Die Bestrebungen, die Tierhaltung in der Landwirtschaft stark zu vermindern oder ganz zu unterbinden sind unglaublich kurzsichtig, wenn nicht gar naiv. Unsere Landfläche besteht zu 80 Prozent aus Grünfläche. Diese Fläche eignet sich kaum oder nur sehr marginal zum Anbau anderer Kulturen. Es lässt sich weder Getreide noch Gemüse anbauen, sondern es wächst nur Gras. Wir brauchen die Tiere, damit wir diese Fläche bewirtschaften und pflegen können. Wenn wir über die strengen Vorschriften hinaus noch weitere Regeln einführen wollen, bedrohen wir die Existenz der Luzerner Bauern und der vor- und nachgelagerten Zweige. Daher lehnen wir die Forderung a) der Motion eindeutig und mit aller Deutlichkeit ab. Uns allen ist klar, dass auch die Landwirtschaft ihren Beitrag zum Klimawandel leisten muss, dazu ist sie auch bereit. Die Landwirtschaft hat in der Vergangenheit schon mit verschiedenen Massnahmen bewiesen, dass sie bereit dazu ist und wird das auch weiterhin tun. Die CVP begrüsst den angekündigten Planungsbericht zum Thema Klima. Wir unterstützen, dass die Landwirtschaft kritisch beleuchtet wird, genauso wie das Wohnen, die Mobilität, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und vieles mehr.

Valentin Arnold: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen (G/JG) ist dafür, dass die Landwirtschaft mehr Anstrengungen für eine bessere Klimabilanz und ein klimaneutrales Wirtschaften unternimmt. Trotzdem lehnen wir die Motion grossmehrheitlich ab, weil das Problem schweizweit und gesamtwirtschaftlich gelöst werden muss. Die Tierhaltung im Kanton Luzern wird reduziert, da im Agrarprogramm 2020–2022 eine Reduktion der Grossvieheinheiten auf die Fläche vorgesehen ist. Im Kanton Luzern ist die vermehrte Umstellung auf Ackerbau schwierig, weil durch die Wirtschaftspolitik neue Firmen angezogen wurden und dadurch fast sämtliche Fruchtfolgeflächenreserven durch Gewerbe- und Wohnbauten zubetoniert wurden. Die Luzerner Landwirtschaft kann gar nicht mehr auf Ackerbau umstellen. Wir Konsumenten könnten weniger Fleisch essen, oder wie früher das ganze Tier verwerten. Heute werden mehr als 50 Prozent eines Schlachtkörpers weggeworfen. Wir warten gespannt auf die Revision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes und den Bericht über die Klima- und Energiepolitik. Die G/JG-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zu.

Roland Fischer: Das Ziel von netto null CO₂-Emissionen muss unter anderem auch in der Landwirtschaft erreicht werden können. Die Motion richtet sich nicht gegen die Landwirtschaft des Kantons, sondern fordert sie auf, diesen Weg zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Herausforderungen für die Landwirtschaft im Kanton Luzern sind gross: CO₂, Ammoniak, Trinkwasserinitiative oder Tierschutz. Für die Gesetzgebung zur Landwirtschaft ist vorwiegend der Bund verantwortlich, aber auch der Kanton hat einen gewissen Spielraum. Der Kanton Luzern ist einer der drei grössten Agrarkantone der Schweiz. Fast ein Drittel aller Schweizer Schweine wohnt im Kanton Luzern. Gerade im Rahmen der CO₂-Diskussion ist es sinnvoll, dass wir die Nahrungsmittel in der Schweiz oder hier im Kanton Luzern produzieren. Wir brauchen eine produzierende Landwirtschaft, die mehr Wertschöpfung erzielt, aber auch schonend mit unseren Ressourcen umgeht. Der Handlungsbedarf in der Luzerner Landwirtschaft ist erkannt, jedoch sind netto null CO₂-Emissionen bis 2050 als verbindliches Reduktionsziel in der Landwirtschaft aus den oben genannten Gründen nicht realistisch. Die entsprechende Forderung a) lehnen wir deshalb ab. Wir sind jedoch bereit, die Forderungen b) und c) im Rahmen der laufenden Revision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes zu prüfen. Wir bitten Sie, der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

In einer ersten Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Postulat mit 69 zu 37 Stimmen vor.

In einer zweiten Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung als Postulat der Erheblicherklärung als Motion mit 97 zu 9 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 87 zu 19 Stimmen als Postulat teilweise erheblich.